



Newsletter * Newsletter *** Newsletter**

Ausgabe 09 – Dezember 2005

Liebe Newsletter-Leserin und -Leser

es geht an die Arbeit! Die Kanzlerin ist gewählt, die Regierung startet - und die ersten Gesetzesentwürfe erreichen uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Noch in diesem Jahr werden einige davon diskutiert und verabschiedet. Danach gilt das alte "Struck'sche Gesetz" - "Nichts geht so 'raus aus dem Parlament, wie es 'reingekommen ist" - also: Es kann durchaus noch an der einen oder anderen Stelle Veränderungen geben. Denn Seriosität sollte gerade bei Gesetzesverfahren vor Schnelligkeit gehen - optimal wäre beides zeitgleich!

Ich verrate Ihnen sicherlich kein Geheimnis: Die neue Große Koalition ist für alle äußerst gewöhnungsbedürftig! Jede und jeder muss in diesem Parlament noch die neue Rolle finden. Aber sowohl die neue Oppositionsfraktion B'90/Die Grünen als auch die neue Regierungskoalition CDU/CSU üben sich ein - und wir natürlich auch, denn wie sagte unser Fraktionsvorsitzender Struck "Mir fällt es noch schwer, für die CDU/CSU zu klatschen!" Richtig - aber es wird schon der Versuch von allen unternommen, fair miteinander umzugehen.

Die Ausschusszugehörigkeiten sind verteilt worden - ich bin wieder Mitglied im Haushaltsausschuss, dort zuständig für das Bundeskanzleramt (incl. BND und Kultur) und den Rechnungshof und ich bin wieder Mitglied im Unterausschuss Rechnungsprüfung. Meine Haushaltsarbeitsgruppe hat mich zur stellvertretenden Sprecherin gewählt. Außerdem bin ich Mitglied im so genannten "1. Ausschuss", dem Ausschuss für Immunität, Geschäftsordnung und Wahlprüfung und stellvertretendes Mitglied im Kulturausschuss.

Sie merken - es geht wirklich richtig los - die letzte Sitzungswoche in diesem Jahr endet mit dem 16.12. - voraussichtlich!

Bis dann - eine gute Adventszeit!

Ihre Petra Merkel

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 77262 • 📠 (030) 227 – 76263

✉ petra.merkel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Goethestr. 80 • 10623 Berlin • ☎ (030) 3138882 • 📠 (030) 31800168

www.petra-merkel.de



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Aus dem Bundestag

Wir haben eine Reihe von wichtigen Vorhaben der Koalitionsvereinbarung in dieser Woche auf den Weg gebracht:

Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage

Der Bau oder Kauf von Wohnimmobilien wird ab dem 1. Januar 2006 nicht mehr staatlich gefördert. Die Eigenheimzulage wird für Neufälle ab dem 1. Januar 2006 abgeschafft. Wir haben in dieser Woche dazu einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Mit dieser Maßnahme werden Bund, Länder und Gemeinden in 2006 223 Mio. Euro einsparen, bereits ab 2009 jedoch schon rund 3 Mrd. Euro, ab 2011 fast 4,5 Mrd. Euro und ab dem Jahr 2013 fast 6 Mrd. Euro.

Vertrauensschutz wird gewährt. Wer bereits nach geltendem Recht Eigenheimzulage bekommt, erhält diese weiterhin bis zum Ende des Förderzeitraums.

Und: In einem weiteren Gesetzgebungsverfahren soll das selbstgenutzte Wohneigentum ab dem 1. Januar 2007 besser in die geförderte private Altersvorsorge integriert werden.

Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen

Die neue Regierungskoalition schlägt vor, Steuerstundungsmodellen bereits rückwirkend ab dem 10. November 2005 ihre steuerlichen Vorteile zu nehmen und damit geschlossene Fonds als Steuersparmodelle abzuschaffen. Auch hierzu werden wir in dieser Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen. Künftig sollen Verluste aus Steuerstundungsmodellen nur mit späteren positiven Einkünften aus derselben Einkunftsquelle verrechnet werden dürfen.

Anleger konnten bislang Verluste aus Beteiligungen steuermindernd geltend machen und damit ihr gesamtes zu versteuerndes Einkommen reduzieren - in den besten Zeiten waren Verlustzuweisungen von bis zu 300 Prozent auf das eingesetzte Kapital möglich; die Rendite des Fonds wurde darüber zur Nebensache.

Die Attraktivität so genannter Steuerstundungsmodelle soll durch eine Verlustverrechnungsbeschränkung wirkungsvoll eingeschränkt werden. Zukünftig sollen die Verluste nur noch mit späteren positiven Einkünften aus derselben Einkunftsquelle verrechnet werden können.

In 2006 werden Bund, Länder und Gemeinden 550 Euro einnehmen, ab 2007 rund 1,6 Mrd. Euro und ab 2008 pro Jahr 2,1 Mrd. Euro.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Steueränderungsgesetz 2006

Mit dem Entwurf für ein steuerliches Sofortprogramm (Drs. 16/105), das die Koalitionsfraktionen in dieser Woche in 1. Lesung in den Bundestag eingebracht haben, soll ein entscheidender Beitrag zur Stabilisierung der Staatsfinanzen geleistet werden. Die größte Herausforderung der kommenden Jahre wird sein, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte nachhaltig zu begrenzen, finanzielle Handlungsspielräume zu gewinnen, um strukturelle Reformen konsequent angehen zu können und entscheidende Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung zu geben.

Wir verbreiten neben der Abschaffung der Eigenheimzulage und der Schließung von Steuersparmodellen die einkommenssteuerlichen Bemessungsgrundlage. Dazu gehört

- die Abschaffung des Freibetrags für Abfindungen
- der Wegfall des Freibetrags für Übergangsgelder
- die Abschaffung des Freibetrags für Heirats- und Geburtsbeihilfen
- die Abschaffung der degressiven Gebäude-AfA für Mietwohngebäude sowie
- die Abschaffung des Sonderausgabenabzugs für private Steuerberatungskosten

Wenn diese Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten, betragen die Einsparungen für Bund, Länder und Gemeinden pro Jahr rund 1,2 Mrd. Euro.

Fünftes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze.

Mit diesem Gesetz werden die ersten eilbedürftigen Maßnahmen umgesetzt.

Konkret geht es u. a. darum:

- die bis zum 31.12.2005 befristete Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer und die Regelung zur Tragung der Beiträge zur Arbeitsförderung werden bis Ende 2007 verlängert.
- Die Möglichkeit der Förderung der beruflichen Weiterbildung älterer und von Arbeitslosigkeit bedrohter Arbeitnehmer wird um ein Jahr bis Ende 2006 verlängert.
- Bis zum 30.6.2006 wird der Existenzgründerzuschuss verlängert.
- Künftig müssen sich Arbeitnehmer drei Monate vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses arbeitssuchend melden. Bei einem Verstoß gegen die frühzeitige Meldepflicht wird nicht mehr die Höhe des Arbeitslosengeldes gekürzt, sondern eine einwöchige Sperrzeit verhängt.
- Künftig muss es nicht mehr in jedem Bezirk der BA eine Personal-Service-Agentur geben.
- Im Arbeitszeitgesetz wird die am 31.12.2005 auslaufende Übergangsregelung für bestehende und nachwirkende Tarifverträge um ein Jahr verlängert. Damit soll allen Beteiligten, mehr Zeit gegeben werden, sich auf das neue Recht einzustellen und die notwendigen Umstellungen vorzunehmen.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Aus dem Wahlkreis

Rote Schleifen für Berlin

Am 1. Dezember 2005 war Welt-Aids-Tag – wie nötig und wichtig Informations- und Beratungsangebote sind, machen die wieder zunehmenden HIV-Infektionszahlen erschreckend deutlich.

Letzten Samstag sammelte ich für die Berliner Aids Hilfe mit vielen Anderen in den Potsdamer Platz Arkaden.

Wenn auch Sie spenden möchten:

„spenden helfen schützen gegen aids“

mit Spenden kann die berliner Aids-Hilfe ihre aktuell so wichtige Aufklärungsarbeit fortsetzen und kranke Menschen in Notlagen finanziell unterstützen.

Spendenhotline 0900 555 0 333 (*)

(*) einfach vom Festnetz aus anrufen und entweder 5, 10 oder 20 euro damit spenden. Es fallen keine Gesprächskosten an. Der Spendenbetrag wird einfach von der Telefonrechnung abgerechnet.

Kampf gegen HIV und Aids erfordert neue Wege

Der Kampf gegen AIDS darf nicht nachlassen. Weltweit sind über 40 Millionen Menschen mit dem HIV-Virus infiziert. Allein in Afrika leben 25 Millionen mit dem Virus. Doch wer glaubt, AIDS wäre ein Problem der anderen, irrt schwer. Auch in Deutschland ist im vergangenen Jahr die Zahl der Neuinfektionen gestiegen.

Berichte über neue Medikamente scheinen zu viele Menschen in einer vermeintlichen Sicherheit zu wiegen. Nach wie vor gibt es weder ein heilendes Medikament noch einen Impfstoff gegen AIDS. Deshalb ist die einzige wirksame Strategie gegen diese tödliche Krankheit: Aufklärung und Prävention. Hier hat die Bundesregierung mit ihrer HIV/AIDS-Bekämpfungsstrategie einen wichtigen Schritt getan für ein gemeinsames Vorgehen gegen AIDS sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene. Fest steht, dass auch die neue Bundesregierung sich einem hohen Engagement gegen die Verbreitung von HIV/AIDS verpflichtet fühlt. Wichtige Eckpfeiler für dieses Engagement sind im Koalitionsvertrag vereinbart.

Ein wichtiger Aspekt beim weltweiten Kampf gegen AIDS ist dabei auch die weltweite gesellschaftliche Ächtung sexueller Gewalt gegen Frauen und damit einhergehend die Bestrafung der Täter. Sexuelle Gewalt gegen Frauen trägt in erheblichem Maße zur Ausbreitung von AIDS bei. Frauen haben bei ungeschütztem Geschlechtsverkehr ein 2,5 Mal höheres Ansteckungsrisiko. Weltweit sind 17,5 Millionen Frauen infiziert, drei Viertel davon Afrikanerinnen. Eine Zielsetzung unserer entwicklungspolitischen Maßnahmen ist es



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

deshalb immer auch, die Rechte der Frauen vor Ort zu stärken und ihnen einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung zu ermöglichen

Vor dem Welt-Aids-Tag am 1. Dezember kündigte die Bundesgesundheitsministerin mehr Aufklärungsbemühungen an. Zwar kenne fast jeder die Übertragungswege. Verbesserte Behandlungsmöglichkeiten verleiteten jedoch eine wachsende Zahl von Menschen dazu, die Risiken der HIV-Übertragung zu unterschätzen. „Dass die individuelle Wahrnehmung von Verantwortung nachlässt“, sehe die Bundesregierung mit Sorge.

Die Steigerung der Zahl neu diagnostizierter HIV-Infektionen um 20 Prozent im ersten Halbjahr 2005 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2004 erfordere neue Wege in der Prävention und Beratung. Deshalb habe die Bundesregierung im Juli 2005 die HIV/Aids-Bekämpfungsstrategie aktualisiert und im Koalitionsvertrag die Umsetzung in einem gemeinsamen Aktionsplan vereinbart, betonte die Bundesgesundheitsministerin. „Unser Ziel muss sein, dass der Schutz vor einer HIV-Infektion für jeden selbstverständlich ist“, unterstrich Schmidt.

Bundesweite Online-Beratung zu HIV/Aids gestartet

Als ein neues Informations- und Beratungsangebot hat die Deutsche Aids-Hilfe mit Bundesmitteln eine persönliche Beratung im Internet entwickelt. Unter <http://www.aidshilfe-beratung.de> kann man Rat zu allen Fragen rund um HIV und andere sexuell übertragbare Krankheiten erhalten. Die bundesweite Online-Beratung wird auch auf Englisch, Spanisch, Französisch und Niederländisch angeboten.

Treffen mit UNICEF-Ehrenamtlichen im Rahmen der Woche des Bürgerschaftlichen Engagements

Vom 25. November bis 5. Dezember 2005 wird in zahlreichen Ländern, Städten und Kommunen auf die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements hingewiesen. In Deutschland sind über 23 Millionen Menschen bürgerschaftlich aktiv. Ihr Engagement ist Beispiel und Beleg für den Ideenreichtum und den ehrenamtlichen Einsatz in unserem Land. Daher habe ich am Montag, den 28. November 2005, 50 Ehrenamtliche von UNICEF – Arbeitsgruppe Berlin zu einer politischen Tagesfahrt durch Berlin eingeladen, um ihnen, als einer Gruppe von vielen Ehrenamtlichen in unserem Land, meine Anerkennung für ihr Engagement auszudrücken. Denn sie arbeiten freiwillig, unentgeltlich und oft auch ohne große Würdigung und Anerkennung. Am Montag aber standen die UNICEF-Ehrenamtlichen und ihre Arbeit einen Tag lang ganz im Mittelpunkt. Sie besuchten den Deutschen Bundestag, das Auswärtige Amt und die Bundeszentrale für politische Bildung. Dabei führten wir gemeinsam viele gute Gespräche.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Dies und das

5. Berliner JugendFORUM

Das 5. Berliner Jugendforum findet am 3. Dezember 2005 im Abgeordnetenhaus Berlin unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Walter Momper statt. Ich werde wieder daran teilnehmen und Jugendlichen als Diskussionspartnerin zur Verfügung stehen. Besonders freue ich mich, dass auch wieder die „Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin“, deren Stiftungsvorsitzende ich bin, das Jugendforum unterstützt. Ziel des Jugendforums ist es, dass Jugend und Politik zusammenkommen und gemeinsam über aktuelle Themen debattieren.

800 junge Leute werden ins Abgeordnetenhaus kommen. Sie mischen sich ein, diskutieren mit Berliner Abgeordneten zu aktuellen und brisanten Themen. Jugendliche entscheiden, was wichtig ist, sie sagen was sein soll oder zeigen sich einfach mit dem, was sie machen und können. Neben Diskussionen zwischen Abgeordneten und Jugendlichen zu aktuellen Themen und einem interessanten Kulturprogramm wird die Präsentation von respectABel und CIVITAS geförderten Projekten im Vordergrund stehen. Bereits jetzt haben Berliner Abgeordnete ihr Interesse bekundet, Patenschaften für demokratiefördernde Projekte zu übernehmen.

Jugendbeteiligungsprojekte und Institutionen, die sich für Partizipation engagieren, können sich beim JugendFORUM präsentieren. Gesucht werden ebenso Jugendliche, die Interesse haben, bei der Vorbereitung und Durchführung mitzuwirken.

Termine

Adventsinfostand am Lietzensee

Am Montag, den 5. Dezember 2005, in der Zeit von 16.00 bis 17.30 Uhr, treffen Sie mich am Lietzensee (Kaiserdamm/Ecke Witzlebenstraße) an einem Adventsinfostand. Tatkräftig werde ich dabei unterstützt von einem bärtigen Mann in rotem Mantel, der über die Möglichkeiten der Schnuppermitgliedschaft in der SPD informiert und ganz nebenbei für alle Kinder und Jugendlichen eine Nikolausüberraschung parat hat. Für einen gewaltfreien Umgang ohne Rute wird gesorgt.

Sprechstunde:

Am Freitag, den 16. Dezember von 15.00 bis 17.00 Uhr findet die nächste Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro in der Goethestraße 80 statt. Bitte melden Sie sich telefonisch unter 030 – 313 88 82 an, wenn Sie Interesse an einem Termin haben.